

# Konversion rückwärts

## Die Reaktivierung und Aneignung militärischer Flächen

von Alexander KleiB

Es lassen sich in ganz Deutschland mehrere aktuelle Fälle von Gegenkonversion finden. Dies umfasst nicht nur die Verzögerung von Konversion, sondern auch die komplette Verhinderung von geplanten Konversionsprojekten durch die Reaktivierung aufgegebenen Liegenschaften. Eine besonders einschneidende Form von Gegenkonversion ist die Schaffung neuer Militärgelände auf bisher zivil genutzten Flächen, wie in Haiterbach vorgesehen. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Fall Haiterbach einzigartig.

### Flächendeckende Gegenkonversion

Bei den baden-württembergischen Beispielen für Gegenkonversion (Haiterbach, Calw, Hardheim und Mannheim) handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Auch auf Bundesebene scheint die Entscheidung für die Reaktivierung von eigentlich aufgegebenen Liegenschaften der Bundeswehr schon längst gefallen zu sein. Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition vereinbarten SPD und Union: „Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor dem Hintergrund der Trendwenden [Personal, Material, Finanzen] jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.“<sup>1</sup> Somit gibt es bundesweit noch zahlreiche weitere Fälle von Gegenkonversion und Wiederaufrüstung. Exemplarisch seien hier die Fälle der Rantzau-Kaserne in Boostedt, des Bundeswehr-Übungsplatzes in Jägerbrück sowie des Fliegerhorsts Landsberg/Lech bei Penzing genannt. Die Schließung der Rantzau-Kaserne im schleswig-holsteinischen Boostedt, in der bis dahin 2200 Soldat\_innen und 120 zivile Angestellte stationiert waren, wurde 2011 im Zuge des neuen Stationierungskonzepts beschlossen. Nur das außerhalb gelegene Munitionslager sollte erhalten bleiben. Ähnlich wie bei den Fällen in Baden-Württemberg wurde die Kaserne zunächst in eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende umgewandelt. Eine tatsächliche Konversion fand jedoch bis jetzt trotz Bemühungen der Anwohner\_innen nicht statt: Nicht nur das Munitionslager, sondern auch die Standortschießanlage und der Standortübungsplatz werden weiterhin durch die Bundeswehr genutzt. In die Standortschießanlage wird sogar weiterhin investiert.<sup>2</sup> Der Bundeswehr-Übungsplatz in Jägerbrück an der polnischen Grenze wurde 2013 – ebenfalls im Zuge des neuen Stationierungskonzepts – vom Truppenübungsplatz zum Standortübungsplatz zurückgestuft, was mit einer drastischen Reduzierung des Personals und dem Umstieg von scharfer Munition auf Übungsmunition einherging. Ende 2017 wurde er wieder zum Truppenübungsplatz hochgestuft. Begründet wurde die Aufwertung durch eine angeblich veränderte Sicherheitslage. Die Verteidigungsministerin betonte vor allem die vermeintliche Bedrohung für Deutschland durch Russland und den Islamischen Staat. Nun wird wieder scharf geschossen, andere NATO-Staaten wie z.B. Polen nutzen den Truppenübungsplatz

ebenfalls und es wurden 90 zivile Mitarbeiter für Feuerwehr und Unterhaltung des Platzes eingestellt.<sup>3</sup> Ein Beispiel aus Bayern ist der Fliegerhorst Landsberg/Lech bei Penzing. Das dort stationierte Lufttransportgeschwader 61 wurde am 31. Dezember 2017 aufgelöst. Nun befinden sich dort noch 170 Soldat\_innen,

die den Stützpunkt räumen. Der Stützpunkt wird jedoch nicht wie geplant an die Gemeinde Penzing oder die Stadt Landsberg verkauft, sondern bleibt vorerst ungenutzt im Besitz der Bundeswehr. Die neue sicherheitspolitische Lage habe das Verteidigungsministerium bewogen, vorerst alle Konversionsverhandlungen anzuhalten, so die Augsburger Allgemeine. So könnte eine mögliche Reaktivierung schnell und problemlos vollzogen werden.<sup>4</sup> Gegenkonversion ist also ein bundesweites Phänomen, das in den vergangenen vier Jahren immer häufiger zu beobachten ist. An den Beispielen für Gegenkonversion lässt sich die Wiederaufrüstung der Bundeswehr sowie der US-amerikanischen Standorte in Deutschland ablesen.

### Wiederaufrüstung

Gegenkonversion kann auch nur im Kontext der Wiederaufrüstung und Militarisierung verstanden werden. Die Wiederaufrüstung lässt sich neben der Verhinderung von Konversion und der Umwandlung ziviler Flächen in Militärgelände auch noch an anderen Dingen feststellen: Nachdem die Zahl der Soldat\_innen seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich gesunken war, werden nun erstmals wieder mehr Soldat\_innen eingestellt. Ähnlich verhält es sich mit dem Verteidigungsetat: Massive Erhöhungen des Verteidigungsetats werden von fast allen im Bundestag vertretenen Parteien befürwortet. Die neue Finanzplanung des Bundes sieht bis 2021 eine Steigerung um insgesamt 8,3 Milliarden vor.<sup>5</sup> Bis 2024 sollen die Verteidigungsausgaben auf bis zu 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Dies wären deutlich mehr als 60 Milliarden Euro. Legitimiert wird diese Wiederaufrüstung oft durch die Ukraine-Krise und eine angebliche Bedrohung durch Russland, was sich an der Gegenkonversion in Mannheim gut veranschaulichen lässt. Durch die Beteiligung an zahlreichen Kriegseinsätzen wird die Bundeswehr, deren verfassungsgemäß vorgeschriebene Aufgabe eigentlich die Verteidigung ist, zunehmend zur Interventionsarmee umgebaut. Hierfür wird mehr Geld, mehr Personal und nicht zuletzt mehr militärische Fläche benötigt, was einen Teil der Erklärung für die aktuelle Gegenkonversion darstellt.

### Großraum Stuttgart: Homezone für Spezialkräfte

Zusammenhängend mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee lässt sich noch ein weiteres Muster erkennen: Der Einsatz von Spezialkräften hat in den letzten Jahren sowohl für die Bundeswehr als auch für die Streitkräfte anderer Staaten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dieser Bedeutungszuwachs wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich fortsetzen. Sichtbar wird dies am Ausbau der Stützpunkte mit Bezug zu Spezialkräften und der Schaffung neuer Stützpunkte, wie dem Special Operations Component Command (SOCC) in Hardheim. Dabei lässt sich in Deutschland ein Muster erkennen: Kommandozentren, Ausbildungs-



Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim. Quelle: IMI.

orte und Militärstandorte von Spezialkräften verdichten sich in Baden-Württemberg, insbesondere im erweiterten Großraum Stuttgart. Neben den deutschen bzw. multinationalen Stützpunkten in Calw und Hardheim sowie dem geplanten Militärflugplatz in Haiterbach sind dies vor allem US-amerikanische Stützpunkte: das Special Operations Command Europe (SOCEUR) in Vaihingen, das Special Operations Command Africa (SOCAFRICA) in Möhringen auf den Fildern, sowie das 1st Bataillon der 10th Special Forces Group, welches in der Panzerkaserne in Böblingen stationiert ist. Außerdem wird der militärische Teil des Stuttgarter Flughafens, das Stuttgart Army Field, vom US Army Special Operations Command betrieben, um militärische Truppen- und Frachttransporte durchzuführen. In der Stauer-Kaserne in Pfullendorf ist zudem die Fernspähkompanie 200 stationiert, die wie das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Division Schnelle Kräfte angehört. An diesem Standort befindet sich auch das Ausbildungs- und Übungszentrum für spezielle Operationen. Dort werden spezialisierte Kräfte aus neun Nationen aus- und weitergebildet, u.a. auch die Soldat\_innen des KSK.<sup>6</sup> Die zunehmende Bedeutung von Spezialeinheiten lässt sich vor allem auf ihre flexible und auch offensive Einsetzbarkeit zurückführen, die Möglichkeit, diese geheim und ohne kritische Öffentlichkeit in Kriegsgebieten einzusetzen und deren militärische Fähigkeiten, die sie für unübersichtliche Situationen und asymmetrische Kriege gegen schwächer ausgerüstete, unkonventionell agierende Gegner\_innen prädestinieren. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Verdichtung von Stützpunkten mit Bezug zu Spezialkräften ist es aus militärischer Sicht logisch, dass neue Stützpunkte, wie das NATO-Kommando für Spezialeinsätze oder das Absprunggelände des KSK, sich auch in diesem militärischen Ballungsraum befinden sollen.

### Stadt-Land-Gefälle

Trotz vieler Ähnlichkeiten gibt es Unterschiede zwischen den drei beschriebenen Fällen. Während sich Calw, Haiterbach und Hardheim im ländlichen Raum befinden, ist Mannheim eindeutig urban geprägt. Vor allem in der Legitimation der Gegenkonversion und in der Reaktion der Bevölkerung vor Ort lassen sich Unterschiede erkennen, die ein gewisses Stadt/

Land-Gefälle aufweisen. In Haiterbach wurde anfangs versucht, die Legitimation für das neue Militärgelände nicht auf einer politisch-ethischen Ebene herzustellen, sondern eher auf der pragmatischen Ebene eines „Kuhhandels“: Im Tausch für Unannehmlichkeiten durch das Militärgelände und Übungsflüge hofften der Bürgermeister und weite Teile des Gemeinderats auf Ausgleichszahlungen und Infrastrukturprojekte durch Bund und Land. In Kombination mit der vorgespilten „Beteiligung“ der Bürger\_innen hofften die Verantwortlichen, dies würde ausreichen, um die Haiterbacher\_innen zu überzeugen. Nachdem dies fehlgeschlagen war, lassen sich kaum noch Legi-

timationsversuche feststellen. Vielmehr versuchen Bund und Land, das Militärgelände einfach gegen den Willen der Bevölkerung zu realisieren. Auch im ebenfalls ländlichen Hardheim wird die Legitimation für die Reaktivierung der Carl-Schurz-Kaserne weniger politisch-ethisch hergestellt, sondern durch vermeintliche Vorteile für die Wirtschaft einerseits und andererseits den Verweis darauf, der Neckar-Odenwald-Kreis sei „schon seit jeher ein stolzer Garnisonslandkreis gewesen“.<sup>7</sup> Außerdem spielten banale Argumente wie die Mitnutzung von militärischen Sportanlagen für Zivilist\_innen eine Rolle. Akzeptanz für das NATO-SOCC wird also zum einen durch den pragmatischen Verweis auf eigene (wirtschaftliche) Vorteile und zum anderen durch Äußerungen, die eher die Identität und die Gefühlswelt der Bürger\_innen ansprechen, geschaffen. Die ethische und politische Dimension von Militär ließen die Politiker\_innen in beiden Fällen aus – vermutlich bewusst.

In Mannheim hingegen wurde nicht viel Wert auf die Herstellung von Legitimation gelegt. Das einzige Argument für die Aussetzung der Konversion war eher (geo-)politischer Natur: Wegen einer möglichen Konfrontation mit Russland müsse schweres Kriegsgerät in Mannheim bereit gehalten werden, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Dadurch wurde der Raum für eine politische Diskussion über den Sinn und Unsinn von militärischer Aufrüstung und die ethischen Implikationen von Krieg wenigstens geschaffen, was in Haiterbach und Hardheim bis dato nicht der Fall ist. Ob der Unterschied in der Form der Legitimation zwischen dem urban geprägten Mannheim und den ländlich geprägten Standorten Hardheim und Haiterbach tatsächlich auf die Variable Stadt/Land oder auf die Variable Bundeswehr/US-Armee zurückzuführen ist, müssten nachfolgende Studien klären.

### Protest

Auch bei der Art der Proteste gab es deutliche Unterschiede. In Haiterbach ist die BI wichtigster Akteur gegen das neue Militärgelände. Mit dem Versuch, das Militärgelände durch einen Bürgerentscheid zu verhindern, wurde ein legalistischer Weg gewählt. Der Protest wird vor allem von den Bürger\_innen Haiterbachs selbst getragen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Bundeswehr und Militär an sich findet

bislang nicht statt. Vielmehr entzündete sich der Widerstand an Themen wie Fluglärm, dem Verlust wichtiger Ackerflächen, Naturschutz und dem Gefühl, nicht gehört zu werden. In Hardheim hingegen gab es seitens der Bevölkerung vor Ort keinerlei wahrnehmbaren Protest. Kurz vor der Verlegung der neuen KSK-Unterstützungseinheit, die das SOCC aufbauen soll, gab es Proteste und eine Blockade auswärtiger Bundeswehrgegner\_innen. Dieser Protest war offenbar antimilitaristisch motiviert. Der Protest gegen die Weiternutzung des Coleman-Areals in Mannheim war ebenfalls klar antimilitaristisch motiviert und wurde von den lokalen Friedensgruppen getragen. Diese konnten zum Ostermarsch 2016 durch gute Vernetzung auch landesweit Kriegsgegner\_innen mobilisieren.

Die Strategie der politisch Verantwortlichen, die Diskussion über die Gegenkonversion von Militärfeldern in den ländlichen Regionen auf einer pragmatisch-banalen Ebene zu führen, scheint somit ein Stück weit aufgegangen zu sein. In Hardheim scheinen die Bürger\_innen die Reaktivierung der Kaserne zu akzeptieren. In Haiterbach gibt es Protest. Dieser richtet sich in erster Linie gegen die Ortswahl des Absprunggeländes, nicht jedoch gegen Krieg und Militär prinzipiell. Kritik an der Bundeswehr oder den US-Spezialkräften kommt in der öffentlichen Debatte kaum zur Sprache.

### Banalisation des Militärischen

Wenn die Debatte über neue Flächen für das Militär, auf denen das möglichst effiziente Töten geübt bzw. koordiniert werden soll, nur Themen wie Lärm, bedrohte Vogelarten, die Mitnutzung der Sporthalle, wirtschaftliche Vorteile oder die wirtschaftliche Machbarkeit von Konversion beinhaltet, könnte man in Anlehnung an Hannah Arendt („Die Banalität des Bösen“) gewissermaßen von einer „Banalisation des Militärischen“ sprechen. Hannah Arendt beschäftigte sich mit dem Holocaust und beschrieb die kleinteilige Zerlegung der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie, welche dazu geführt habe, dass dieses große Verbrechen in viele kleine Routinehandlungen zerlegt worden sei, wodurch moralisch begründete Proteste, aber auch ein Unrechtsbewusstsein seitens der Täter\_innen unterbunden worden seien. Der Holocaust war ein einzigartiges Verbrechen, das somit in seiner Schwere mit heutigen militärischen Verbrechen nicht vergleichbar ist. In der Vorgehensweise, z.B. bei der Umsetzung (kleinteilige, automatisierte Zerlegung in Routinehandlungen), dem Ausblenden des Unrechts oder der Banalisierung des Verbrechens lassen sich jedoch Parallelen feststellen. Die vermeintlich banale Alltäglichkeit von Kriegsvorbereitungen (z.B. Absprungübungen), aber auch die banalisierte Diskussion über die wirtschaftliche Machbarkeit von Abrüstung verstellen den Blick auf das ebenfalls alltägliche Unrecht, das das Militär weltweit verursacht.

### Den antimilitaristischen Diskurs wieder einbringen

Diese Banalisierung des Militärischen scheint momentan – vor allem im ländlichen Raum – zu funktionieren. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Friedensbewegung gerade an diesen von Gegenkonversion und Aufrüstung betroffenen Orten den antimilitaristischen Diskurs wieder einbringt und v.a. argumentativ interveniert. Lokale Zusammenschlüsse wie die BI in Haiterbach könnten ihren Mobilisierungsgrad und ihre Wahrnehmung in der überregionalen Öffentlichkeit steigern, indem sie sich klarer antimilitaristisch positionieren und

den Schulterschluss mit der bundesweit vernetzten Friedensbewegung wagen. Ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen einer eher lokal verankerten BI und europaweit agierenden antimilitaristischen Gruppen stellt das alljährlich stattfindende War Starts Here-Camp mit Workshops und Aktionen gegen das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in der Colbitz-Letzlinger Heide in der Nähe von Magdeburg dar.<sup>8</sup>

Allgemein fällt auf, dass Militärkritiker\_innen und Anwohner\_innen im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Partizipationselemente praktisch keine Möglichkeiten haben, Gegenkonversion zu verhindern: Die Scheinbeteiligung der Haiterbacher\_innen klammerte wichtige Fragen von Anfang an aus. Doch auch die ernst gemeinten Beteiligungsangebote der Stadt Mannheim konnten ein Verbleiben der US-Armee auf dem Coleman-Areal nicht verhindern. Die Mannheimer\_innen hatten keine Möglichkeit, in dieser Frage mitzubestimmen. Sie konnten lediglich über eine Nachnutzung im (mittlerweile zunehmend unwahrscheinlichen) Fall eines Abzugs der US-Armee entscheiden.

Da die Beteiligungsangebote eine Mitbestimmung über die elementare Frage „Militärgelände: ja oder nein?“ nicht zuließen, versuchte die BI in Haiterbach, diese Frage durch einen Bürgerentscheid zu klären. Dieser ist in den Augen des Verteidigungsministeriums und der Landesregierung jedoch rechtlich nicht bindend. In der Debatte über Militärgelände lässt sich somit ein Demokratiedefizit feststellen. Von der angeblichen „Politik des Gehörtwerdens“ Winfried Kretschmanns spüren die Betroffenen wenig.

### Anmerkungen

- 1 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 7.2.2018.
- 2 Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag: [Mehr Sicherheit für Schießanlage](#). 27.9.2017; Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag: [Boostedt: Die Soldaten sind weg](#). 18.12.2015.
- 3 NDR: [Jägerbrück wird wieder Bundeswehr-Großübungsplatz](#). 23.08.2016; NDR: [Jägerbrück wird zum Truppenübungsplatz hochgestuft](#). 23.11.2017.
- 4 Augsburg Allgemeine: [Bundeswehr gibt Fliegerhorst Penzing nicht ab](#). 9.3.2017.
- 5 Tagesschau.de: [Verteidigungshaushalt. Wohin mit den Milliarden?](#) 15.03.2017.
- 6 Helmut Michelis: Adler und Schwert. Die Division Spezielle Operationen. 2008.
- 7 Rüdiger Busch: [Bundeswehr macht Schließung der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne rückgängig](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12.2016.
- 8 [Homepage des War Starts Here-Camps](#).



*Der Text fasst die Ergebnisse der IMI-Studie 2018/03 „Konversion rückwärts: Wiederaufrüstung in Baden-Württemberg“ zusammen. Sie kann von der IMI-Seite heruntergeladen werden.*